

## Presseinformation

15. Juni 2004

### Senkung der Ozonwerte

#### Burgenland, Wien, NÖ informierten in einem Hintergrundgespräch

In Wien fand kürzlich mit der Leiterin der Wiener Umweltschutzabteilung, Dr. Karin Büchl-Krammerstätter, dem Leiter der Abteilung Umweltrecht beim Amt der NÖ Landesregierung, Dr. Gottfried Krasa, und der Luftreinhalte-Expertin beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, Ing. Gabriele Wieger, ein Hintergrundgespräch für Medien zum Thema Ozon statt.

Der Ausgangspunkt für dieses Gespräch: In einer Novelle zum Ozon-Gesetz wurde festgelegt, dass bei gewissen Immissionsüberschreitungen ein Aktionsplan für Sofortmaßnahmen zu erstellen sei. Dieser Aktionsplan könne jedoch unterbleiben, wenn nachgewiesen werde, dass Maßnahmen, um Risiko, Dauer bzw. Ausmaß der Ozon-Alarmschwelle zu reduzieren, nicht nennenswert greifen.

Der Auftrag zur Erarbeitung einer Studie „Aktionsplan für Sofortmaßnahmen“ wurde an das Forschungsinstitut für Energie- und Umweltplanung, Wirtschaft und Marktanalysen Ges.m.b.H., an die Universität für Bodenkultur in Wien und an die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Onz vergeben. Diese Studie sollte zwei Hauptfragen beantworten: Kann ein Aktionsplan die Ozon-Vorläufersubstanzen nennenswert reduzieren, und wenn nicht, warum? Wird diese Frage bejaht, soll geprüft werden, welche Sofortmaßnahmen für einen Aktionsplan vorgeschlagen werden.

Man kam zum Ergebnis, dass das Risiko, die Dauer und das Ausmaß eines Ozon-Alerts nicht wirkungsvoll reduziert werden können, zumal auch die rechtlichen Voraussetzungen für einen Aktionsplan fehlen. Daher ist von den Landeshauptmännern von Wien, Niederösterreich und Burgenland derzeit kein gemeinsamer Aktionsplan für Sofortmaßnahmen auszuarbeiten. Nur ein kleiner Teil, höchstens 20 Prozent, der Ozon-Vorläufersubstanzen stammen nämlich aus Nordostösterreich, also aus dem Ozonüberwachungsgebiet I, das sich aus den Bundesländern Wien, Niederösterreich sowie dem nördlichen/mittleren Burgenland zusammensetzt. Durch lokale Maßnahmen ist es zwar möglich, Spitzenwerte und Überschreitungen der Schwellwerte zu unterdrücken, der Aufwand ist aber im Vergleich zum Nutzen viel zu groß. Eine Senkung der Ozonwerte kann man daher nur durch mittel- und langfristige, bundesweite und internationale Maßnahmen erreichen, wie sie einerseits von den Bundesländern



## Presseinformation

Wien, Niederösterreich und Burgenland schon seit vielen Jahren gesetzt werden, andererseits aber vom Bund auf nationaler und internationaler Ebene initiiert werden sollen.